

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XVIII/224

Bonn, den 26. November 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	<u>Kontinuität</u>	41
	Die ersten Amtshandlungen des Präsidenten Johnson	
2	<u>"Europäischer Gaullismus"?</u>	48
	Europa-Bild wird immer verworrener	
3 - 4	<u>Der "Panzerketterprozeß" von Rendsburg</u>	58
	Tod eines Kindes löste Verfahren aus	
5	<u>Hilfe für die Polizei</u>	50
	Parlamentarischer Untersuchungsausschuß in Schleswig-Holstein	
6	<u>Es wird weiter untersucht</u>	48
	Noch keine Klarheit über 50 Millionen DM für Griechenland	
	Von Dr. Basil P. Mathiopoulos	

Chefredakteur Günter Markscheffel

Kontinuität

Die ersten Amtshandlungen des Präsidenten Johnson

sp - Eine der ersten Amtshandlungen des neuen amerikanischen Präsidenten Lyndon Johnson war die Versicherung - an die Adresse von etwa 60 nicht zu den Trauerfeiern für Kennedy nach Washington gekommenen Staatsmännern gerichtet - daß die USA-Regierung den aussenpolitischen Kurs Kennedys fortsetzen werde. Bedeutsam ist hierbei, daß Johnson diese Ankündigung in einem besonderen Telegramm an den sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow ausdrücklich noch einmal bestätigte.

Es ist anzunehmen, daß Präsident Johnson mit seiner Erklärung und mit dem Telegramm an Chruschtschow vielfachen Spekulationen den Boden entziehen wollte, die sofort nach dem gewaltsamen Tode seines Vorgängers mancherorts angestellt worden sind. Auch der aus Washington kommende Hinweis, Präsident Johnson werde sich nicht von den Mitarbeitern Kennedys trennen, läßt vermuten, daß der neue Präsident die Kontinuität der amerikanischen Politik sichern will.

Man hat in diesen Tagen gelegentlich gehört, Lyndon Johnson sei ein "Realpolitiker"; er verstehe es, widerstrebende Elemente der Politik miteinander zu verbinden. Sicher ist damit die bisherige parlamentarische Tätigkeit Johnsons gemeint, die sich mehr auf den innenpolitischen Bereich der USA erstreckte, weniger jedoch in der Außenpolitik beobachtet werden konnte. Das lag ohne Zweifel in der Natur seiner Aufgaben, die er als Vizepräsident hatte und die ihm als Parlamentarier gestellt waren.

Und doch muß daran erinnert werden, daß Kennedy den damaligen Vizepräsidenten mehr als jeder frühere amerikanische Präsident mit schwierigen aussenpolitischen Aufgaben betraute. Niemand hat gehört, daß Johnson den ihm übertragenen Aufgaben nicht gerecht geworden wäre oder bei seinen zahlreichen Sondermissionen im Ausland zu anderen politischen Schlußfolgerungen gelangt sei, als der amtierende Präsident selbst. Das wurde besonders deutlich, als Kennedy den Vizepräsidenten wenige Tage nach der Errichtung der Schandmauer in Berlin in die deutsche Hauptstadt schickte und Johnson nach seiner Rückkehr in die Vereinigten Staaten in mehreren Reden eine Haltung einnahm, die in jeder Beziehung den Prinzipien der von Kennedy festgelegten Berlin- und Deutschlandpolitik entsprach.

Wir werden gerade hier in Deutschland gut daran tun, das Spiel mit Spekulationen über die zukünftige amerikanische Politik nicht heemaungslos mitzuspielen. Johnson hat in den ersten Stunden nach der Amtsübernahme mit Festigkeit und Würde die Kontinuität der Kennedy-Politik verkündet. Das ist ein Wort, dessen Bedeutung nicht durch unzählige WENN und ABER entwertet werden sollte.

"Europäischer Gaullismus"?

Europa-Bild wird immer verworrener

G.M. - Wer bisher noch daran gezweifelt hat, sollte es jetzt zur Kenntnis nehmen: Die den französischen Staatspräsidenten de Gaulle politisch tragende "Union für die neue Republik" (UNR) hat auf ihrem Parteikongreß in Nizza eine Entschliessung gebilligt, in der es heißt, die UNR trete für die politische, soziale und wirtschaftliche Union Europas ein, unter dem Vorbehalt, daß diese auf dem Gedanken eines "Europa der Vaterländer" fuße. Gleichzeitig wird den USA vorgeworfen, sie versuchten ihr Kernwaffenmonopol zu verewigen und die Bildung eines Direktoriums der drei Westmächte innerhalb der NATO zu verhindern. Es wird dann noch weiter gefordert, daß Europa im Falle einer atlantischen Allianz "seinen eigenen Platz" haben müsse.

Das sind ungefähr die gleichen Vorstellungen, die auch bei einigen Politikern der deutschen Regierungsparteien gelegentlich entwickelt werden, voraus zu schliessen wäre, daß man sich langsam mit dem Gedanken vertraut machen muß, der Gaullismus breite sich über die Grenzen Frankreichs aus. Der CSU-Landesausschuß unter Führung von Franz Josef Strauss hat in übrigen schon beschlossen, engere Kontakte zu den Gaullisten aufzunehmen ...

In den zahlreichen Konferenzen, - zum Teil auch privater Natur - die in den letzten Wochen in Paris, Rom und anderenorten von Parlamentariern der NATO-Staaten veranstaltet wurden, ist von Fachleuten der Europa-Politik und der Verteidigungsstrategie des Westens folgendes, in den meisten Fällen übereinstimmend, festgestellt worden:

- * Es gibt im westlichen Raum keine wirkungsvolle nationale
- * Verteidigung mehr. Auch das freie Europa könnte sich nicht
- * allein und ohne die Hilfe der Vereinigten Staaten vertei-
- * digen. Umgekehrt wären die Vereinigten Staaten ebenfalls
- * nicht in der Lage, die Verteidigung der freien Welt ohne
- * die Beteiligung Europas sicherzustellen.

So richtig es ist, daß man in Europa auf eine bessere Koordinierung der westlichen Verteidigung in allen Bereichen Wert legt, und auch die Erweiterung des Mitspracherechts bei der Verteidigungsplanung anstrebt, so falsch ist es jedoch, diese Ziele dadurch erreichen zu wollen, daß man so tut, als könnten alle diese Probleme durch ein "Europa der Vaterländer" oder mit Hilfe eines irgendwie gearteten "Direktoriums" gelöst werden.

Wir wissen nicht, ob Bundeskanzler Erhard bei seinem ersten Kanzlerbesuch in Paris mit dem französischen Staatspräsidenten auch über diese Probleme offen gesprochen hat. Aber eines wissen wir: der Kongreß der UNR in Nizza hat die Auffassungen des französischen Staatspräsidenten zum Ausdruck gebracht, denn die Verfasser der entscheidenden und mit großen Beifall angenommenen Entschliessungen gehören zu den engsten Mitarbeitern de Gaulles. Da diese im Augenblick die politische Landschaft Frankreichs bestimmen, und eine wirkungsvolle Opposition auf parlamentarischer Ebene nicht möglich ist, bleibt das Zukunftsbild einer europäischen Politik nach wie vor verworren. Ob der "Europäische Gaullismus" in dieser Verworrenheit seine Chancen sieht, wird sehr bald auch in der Bundesrepublik festzustellen sein.

Der "Panzerkettenprozeß" von Rendsburg

Eod eines Kindes löste Verfahren aus

sp - Heute, am 26. November, beginnt vor dem Rendsburger Schöffengericht der "Panzerkettenprozeß", der sicher dann im ganzen Bundesgebiet große Beachtung finden wird, wenn Amtsgerichtsdirektor Jensen tatsächlich alle Hintergründe und Zusammenhänge aufhellt. Vordergründig ist die bittere Tatsache, daß die Schülerin Heike Spitzbarth am 9. Juni 1962 neben ihrem Vater in einem Auto sitzend von dem Kettenpolster eines Panzers erschlagen wurde, der zu einer Kolonne gehörte, an der Helmut Spitzbarth mit seiner Tochter vorbeifuhr.

Erste Eingabe abschlägig beschieden

Schon der Anfang der Affäre war merkwürdig. Spitzbarth hatte versucht, den für die Tötung seines Kindes verantwortlichen Führer der Panzerkolonne, den inzwischen zum Major beförderten Wolfgang Böhncke, vor Gericht zu bringen. Seine Eingaben wurden abschlägig beschieden. Viele Beschwerden bis hinauf zum Justizministerium waren erforderlich, und selbst das Bundesverteidigungsministerium war nicht bereit, einen Panzertyp von Modell des Unglückspanzers testen zu lassen.

Aus menschlichen Gründen verständlich steigerte Helmut Spitzbarth seine Vorwürfe, zuletzt in einem Telegramm am 14. November 1962 an den Kommandeur der Fla-Waffenschule in Rendsburg, Oberst Fischer. Das Telegramm erthielt eine böse Formalbeleidigung der Bundeswehr. Das Ganze erregte aber deshalb Aufsehen, weil die Justiz zur Durchführung dieses Beleidigungsprozesses nur elf Monate brauchte, während seit dem Tode von Spitzbarths Tochter Heike nunmehr bereits fünfundzwanzig Monate vergangen sind.

Viele Unfälle

Ein weiterer Hintergrund ist bemerkenswert. Im Laufe der Jahre hat es wegen der schlechten Panzerketten und Kettenpolster rund 50 Unfälle auf den deutschen Strassen gegeben, von denen fast 20 tödlich verlaufen sind oder mit schweren Verletzungen endeten. Sicherlich hat das Ministerium im Laufe der Zeit in seinen Vorschriften auf größere Sorgsamkeit hingewiesen, aber nicht immer scheint sich die Truppe an die Geschwindigkeitsbegrenzungen für Panzer im Strassenverkehr gehalten

Vor allem aber steht der strikte Befehl des Ministeriums, bevorzugt von Bahnverladungen Gebrauch zu machen, wenn es sich um längere Anmärsche handelt, noch aus.

Rüstungslobby im Hintergrund

Der ganz große Hintergrund aber scheint der Rüstungslobbyismus und alles, was damit zusammenhängt, zu sein. So befindet sich bei den Akten im Spitzbarth-Prozess (Az. 9 Bf S 65/62) eine Ermittlungssache gegen den technischen Direktor der Diehl KG (vormals Backhaus) in Remscheid und gegen einen Dr. Hermann Popp wegen Verdachts der fehlerhaften Herstellung von Wehrmitteln.

Die Diehl KG wurde seinerzeit durch die sogenannte "Onkel Aloys-Affäre" bekannt, womit Dr. Aloys Brandenstein gemeint ist, der seinerzeit auf Empfehlungen des Verteidigungsministeriums unter Franz Josef Strauß in das Remscheider Unternehmen kam. Mehr soll zu diesem Punkt noch nicht gesagt werden.

Vom Schrottplatz zurückgeholt

Zur technischen Seite ist noch bemerkenswert, daß sich in den Gerichtsakten Unterlagen befinden, wonach in Remscheid damals 7 000 aussortierte Rohrkörper für die Kettenpolster vom Schrottplatz zurückgeholt, "aufgefrischt" und verwendet wurden, obgleich die Kontrollstelle des Ministeriums sie dorthin schaffen ließ, weil sie fehlerhaft waren. Im Anschluß an dieses technische Detail mag dann noch auf ein Gutachten der Panzerschule Münster hingewiesen werden. Danach wurden Backhaus-Ketten vor allem am Panzer M 41 getestet. Bei einem 250-Kilometermarsch flogen 15 Prozent der Polster ab, die Hälfte davon mit der Stahlschale.

* * *

*

Niemand kann den Tatsachenfeststellungen des Gerichts und seiner Wertung vorgreifen. Sollten sich dabei Mängel des Beschaffungswesens und der Qualitätskontrolle ergeben, wird das Parlament für ihre Behebung sorgen müssen.

+ + +

Hilfe für die Polizei

Parlamentarischer Untersuchungsausschuß in Schleswig-Holstein

EB - Kiel

Ende September hat der schleswig-holsteinische Landtag auf Drängen der Sozialdemokraten einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuß eingesetzt, der von dem CDU-Abgeordneten Dr. Rohloff geführt wird. Dieser Ausschuß hat sich als dringend notwendig erwiesen, wie inzwischen durch eine Serie von Äußerungen aus der Polizei selbst bestätigt worden ist. Hierbei geht es vor allem um Ausrüstung, Unterbringung und den Dienstbetrieb allgemein.

Regierung wird endlich aktiv

Die Regierung selbst ist inzwischen endlich von sich aus mit einem Programm herausgerückt, wonach die Polizei des Landes - sie ist in Schleswig-Holstein nicht kommunalisiert - neue Dienstgebäude, neue Dienstfahrzeuge und neue Boote für die Wasserschutzpolizei bekommen wird. Nach dem Etatplan für 1964 sollen nunmehr statt wie bisher 155.000 DM, künftig 482.000 DM für die Polizei-Ausbildung verwendet werden. Aus den Reihen der Polizei waren nach Einsetzung des Untersuchungsausschusses die Forderungen erhoben worden, man möge ihren Bestand personalmäßig erhöhen. Auch diesem Wunsch trägt die Regierung inzwischen Rechnung. Zu all dem ergibt sich die erfreuliche Tatsache, daß die Regierung schon während der parlamentarischen Untersuchungen wesentlich betonter als früher bemüht ist, Mißstände zu beseitigen.

Merkwürdige Personalpolitik

Der Ausschuß soll aber auch untersuchen, ob der organisatorische Aufbau der Polizei eine reibungslose Durchführung der Polizeiaufgaben gewährleistet und ob die maßgeblichen Entscheidungen, besonders in personeller Hinsicht, in sachkundigen Händen liegen. Diese Frage zielt betont auf die Personalpolitik bei der Polizei, wie sie seinerzeit unter Innenminister Dr. Lemke (CDU) gehandhabt worden ist.

- * Mehrere Mitglieder des Untersuchungsausschusses haben eine
- * Personalliste von der Regierung verlangt, in der die Ober-
- * beamteten aufgeführt worden sind, deren Einstellung andere Bun-
- * desländer a b l e h n t e n, die aber dann in Schleswig-
- * Holstein unterkamen. Die Liste soll weiter jene Beamten ent-
- * halten, die 1945 zeitweise unter falschem Namen lebten und
- * die vor 1945 bei den Gestapo-Leitstellen in Stettin oder
- * Magdeburg Dienst taten.

So wurde im September der Leiter der Kriminalpolizei in Flensburg, Kriminalrat Waldemar Krause, unter dem Verdacht verhaftet, er habe im Osten Kriegsverbrechen begangen. Die Staatsanwaltschaft in Dortmund beschuldigt ihn, als Leiter eines Einsatzkommandos in der Sowjetunion für widerrechtliche Exekutionen verantwortlich gewesen zu sein. Schon im November 1961 war der stellvertretende Leiter der Landespolizeischule in Eutin, Polizeirat Hans-Ulrich Kasper, zum zweiten Mal verhaftet. Die Staatsanwaltschaft in Wuppertal beschuldigt ihn, 1942 im Osten das Partisanendorf Borysowka vernichtet zu haben. Im Juni 1961 wurde auch der Hauptkommissar Bruno Meiert von der Bereitschaftspolizei in Eutin verhaftet, nachdem er zuvor im Tilsiter Einsatzprozeß in Dortmund schwer belastet worden war. Er wird beschuldigt, in Polen russische Kommissare erschossen zu haben, und hat vor seiner Einstellung in den schleswig-holsteinischen Polizeidienst unter dem falschen Namen Ulrich Schlichting gelebt.

Es wird weiter untersucht

Von Dr. Basil P. Mathiopoulos

Die neue griechische Regierung hat beschlossen, Alexis Kyrou als Botschafter Griechenlands nach Bonn zu entsenden. Kyrou ist Berufsdiplomat und genießt einen guten Ruf. Er war jahrelang griechischer Botschafter bei den Vereinten Nationen und auf seine Initiative ist es zurückzuführen, daß die Zypern-Frage in den Jahren 1954 - 1956 von der UNO behandelt wurde. Der bisherige Botschafter in Bonn, Themistokles Tsatsos, ist nach Bildung der neuen Regierung zurückgetreten - sein Gesuch wurde sofort angenommen -, da er sich durch seine Stellungnahme für die bisherige Regierungspartei unter Karamanlis zu sehr exponiert hatte.

Dem neuen Botschafter, der im Januar in Bonn erwartet wird, stellt sich u.a. die Aufgabe, Licht in das Dunkel einer Affäre zu bringen, die die griechische und die deutsche Öffentlichkeit seit über einem Monat beschäftigt. Der Abgeordnete der Zentrums-Union und ehemalige griechische Botschafter in Bonn, Thomas Ypsilanti, hat behauptet, 50 Millionen DM einer im Jahre 1958 von der Bundesregierung an Griechenland aus ERP-Mitteln gewährten Anleihe von insgesamt 200 Millionen DM seien dazu verwandt worden, Schulden Griechenlands an die USA zu begleichen und Darlehens-Zinsen zu sparen. Dies stand im Widerspruch zu deutsch-griechischen Vereinbarungen, nach denen das Geld zum Bau von Straßen verwandt werden sollte - erklärte Ypsilanti. Darüber hinaus sollen nach der Behauptung Ypsilanti weitere 50 Millionen der Anleihe zwar nach Griechenland überwiesen worden, dann aber auf Schweizer Privatkonten verschwunden sein.

Der FDP-Abgeordnete Reichmann richtete deshalb drei Fragen an die Bundesregierung, die kürzlich von dem Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Vialon, beantwortet wurden. Vialon sagte, nach den der Bundesregierung von der deutschen Botschaft in Athen und der deutschen Bundesbank erteilten Auskünften seien die von Ypsilanti aufgestellten Behauptungen bezüglich einer nicht korrekten Verwendung der deutschen Anleihe von 1958 nicht gerechtfertigt. Vialon betonte weiter, über die von der Bundesregierung an Entwicklungsländer gegebenen Gelder könne unmöglich anderweitig verfügt werden.

Die Bank von Griechenland erklärte zum gleichen Thema, der Gesamtbetrag der Anleihe sei ihren Konten gutgeschrieben worden. Dem hielt Ypsilanti entgegen, die Ordnungsmäßigkeit des Rechnungswesens der Bank von Griechenland sei niemals bezweifelt worden. Auch habe sich die Bundesregierung zu Recht auf die Richtigkeit der Auskünfte der bisherigen griechischen Regierung verlassen. Doch fordere er, daß die griechische Öffentlichkeit mit diesen Auskünften bekanntgemacht werde.

Die griechische Presse unterstreicht jetzt die Tatsache, daß die Überweisung von 50 Millionen DM auf Schweizer Privatkonten dokumentiert worden ist, daß aber die Verwendung weiterer 50 Millionen DM zur Rückzahlung von Schulden überhaupt nicht erörtert wurde. Die neue Regierung in Griechenland hat nun die Möglichkeit, die gesamte Affäre zu prüfen und zu klären. Ypsilanti wird der Regierung nach Zusammentritt des neuen Parlaments am 11. Dezember durch eine Anfrage zu diesem Thema behilflich sein.